

Aus Bund und Ländern

Stellenausschreibung der WHO

KÖLN. Die Weltgesundheitsorganisation – World Health Organization (WHO) – in Genf hat eine Liste der für die Jahre 1989 und 1990 zu besetzenden Stellen für Ärzte veröffentlicht. Dabei handelt es sich um Arbeitsplätze für qualifizierte Ärzte in der WHO-Zentrale in Genf, im Regionalbüro Europa in Kopenhagen sowie beim Internationalen Krebsforschungszentrum in Lyon, Frankreich.

Beim Auslandsdienst der Bundesärztekammer (Herbert-Lewin-Straße 1, 5000 Köln 41) kann die Liste mit ausführlichen Informationen über die angebotenen Stellen angefordert werden.

Hilfestellungen bei der Weiterleitung einer Bewerbung zur WHO in geeigneter Form bietet die Abteilung „WHO“, Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Postfach 20 02 20, 5300 Bonn 2. Wie der zuständige Abteilungsleiter, Ministerialdirektor Prof. Dr. med. Manfred Steinbach mitteilte, ist der Anteil deutscher Ärzte in der Weltgesundheitsorganisation unverhältnismäßig niedrig. Die Bundesregierung sei daher an einer Aufstockung des deutschen Personalanteils sehr interessiert. Go

Maßnahmen gegen „Pflegerotstand“

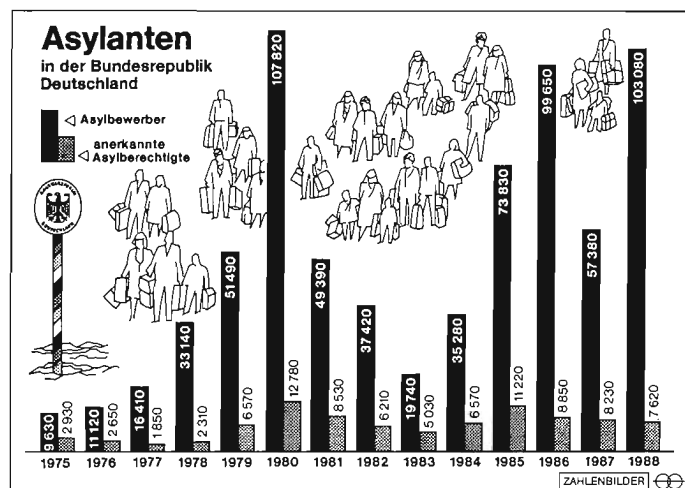
WIESBADEN. Ein ganzes Bündel von Maßnahmen hält der hessische Sozialminister Karl Heinz Trageser (CDU) für nötig, um dem drohenden „Pflegerotstand“ in den Krankenhäusern zu begegnen. „Eine bessere Bezahlung ist ein erster wichtiger Schritt, um die Pflegesituation in den Krankenhäusern zu verbessern“, erklärte der Minister. Einen Appell richtete er auch an die Spit-

zenverbände der Krankenkassen und Krankenhäuser, auf Bundesebene endlich durch sachgerechte Personalanhaltszahlen der Überlastung der Krankenschwestern und -pfleger entgegenzuwirken. „Ich erachte auch ein Umdenken der Öffentlichkeit über das Berufsbild Krankenschwester/Krankenpfleger für notwendig“, sagte Trageser. Auch gegenüber dem ärztlichen Dienst gelte es, den Pflegeberuf aufzuwerten und zu einer eigenständigen, selbstbewußten Dienstleistung zu entwickeln (siehe auch „Seite eins“ dieses Heftes). WZ

Zwei neue Herzzentren geplant

HANNOVER. Niedersachsen plant mittelfristig die Lizenzierung von zwei neuen Herzchirurgie-Zentren. Das Sozialministerium hat den Städtischen Kliniken Braunschweig bereits einen entsprechenden Versorgungsauftrag erteilt. Mit einem Aufwand von fünf bis sechs Millionen DM jährlich sollen dort 700 Operationen am offenen Herzen durchgeführt werden. Ein zweiter zusätzlicher Standort könne der Raum Osnabrück/Oldenburg sein, betonte Sozialminister Hermann Schnipkowitz. In Niedersachsen sei dann eine Kapazität von rund 3000 Operationen pro Jahr erreicht. Der Bedarf liegt bei 500 bis 700 Operationen am offenen Herzen pro eine Million Einwohner im Jahr.

Zugleich sprach sich der Minister gegen den Betrieb einer privaten herzchirurgischen Klinik in Hannover aus. Falls noch ein herzchirurgisches Zentrum in Hannover gebaut würde, werde bald ein „Pflegerotstand“ eintreten, meinte der Minister. Zugleich hat er das Angebot des privaten Klinikbetreibers Rhön-Klinikum AG ausgeschlagen, in Hannover mit einem Investitionsaufwand von rund 60 Millionen DM eine herzchir-



Mehr als 103 000 Menschen baten im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik um Asyl. Das ist die zweithöchste Zahl nach 1980, als es 107 000 Bewerber gab. In der Rangfolge der Länder führt Polen mit 28 Prozent vor Jugoslawien mit 20 (Prozent) und der Türkei mit 14 Prozent. Nur jeder zehnte Bewerber wird als politisch Verfolgter anerkannt. Ein Abnehmen der Zahl von Wirtschaftsflüchtlingen erwartet die Bundesregierung von der Einführung der Visumpflicht für Einreisende aus Jugoslawien und einigen anderen Ländern

urgische Klinik zu errichten. Die privaten Klinikbetreiber könnten auch nicht damit locken, daß die Sonderentgelte für Herzoperationen in privaten Herz- und Gefäßkliniken (etwa in Bad Neustadt/Saale) zur Zeit niedriger als in öffentlich-rechtlichen oder freigemeinnützigen Häusern lägen. HC

Beitragssatzstabilität gefährdet Versorgung

DÜSSELDORF. Der im Gesundheits-Reformgesetz verwirklichte Grundsatz der Beitragssatzstabilität hat zur Folge, daß der derzeitige Stand ärztlicher und pflegerischer Versorgung abnimmt. Davor hat jetzt die Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein in einer Entschließung gewarnt und zum Ausdruck gebracht, daß Ärzte eine solche Entwicklung nicht mittragen dürften.

Der Vizepräsident der Kammer, Dr. Jörg Dietrich Hoppe, betonte, das Gesundheitswesen sei seiner Natur nach eine Wachstumsbranche. Es sei sachfremd, seinen Finanzbedarf von der Entwicklung der Grundlohnsum-

men abhängig zu machen. Ohne die notwendigen finanziellen Mittel sei eine Weiterentwicklung unmöglich. Stillstand – wie er mit dem Grundsatz der Beitragssatzstabilität quasi „verordnet“ wurde – bedeute daher in Wirklichkeit Rückschritt.

Aus aktuellem Anlaß heraus wiederholte die Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein auch ihre Forderung nach einer tiefgreifenden Reform der zwei Jahrzehnte alten Personalanhaltszahlen. Aufgrund vehementer Kostendämpfungswünsche sei die unbezahlte Mehrarbeit von Pflegepersonal und Ärzten zur festen Kalkulationsgrundlage der Krankenkassen und damit auch der Krankenhausträger geworden. Die Folge sei eine Verringerung der Leistungsfähigkeit sowie die fortschreitende Zermürbung der pflegerischen und ärztlichen Krankenhausmitarbeiter. Die Kammer wandte sich weiterhin dagegen, Krankenhausmitarbeiter von den Entwicklungen des Tarif- und Arbeitsrechts auszuschließen, von denen andere Arbeitnehmer wie selbstverständlich profitierten. EB